

Informationen und Meinungen

ENERGIEPOLITIK

Tagebau Garzweiler für Sicherheit der Versorgung unverzichtbar

Düsseldorf - Die Gewinnung und Verstromung von Braunkohle aus dem Tagebau Garzweiler II leistet einen wesentlichen Beitrag zum Energiemix des Landes Nordrhein-Westfalen und der gesamten Bundesrepublik. Die nordrhein-westfälische Landesregierung vertritt die Auffassung, dass „die weitere Gewinnung von Braunkohle im Tagebau Garzweiler II aus heutiger Sicht mit dem energiewirtschaftlichen und energiepolitischen Erfordernis einer langfristigen Energieversorgung im Einklang steht“ und damit die Notwendigkeit zur bergbaulichen Inanspruchnahme mehrerer Ortschaften der Stadt Erkelenz weiterhin gegeben ist. Diese positive aktuelle energiewirtschaftliche Positionierung der Landesregierung ist Voraussetzung für eine Ende April 2014 geplante Beschlussfassung des regionalen Braunkohlenausschusses über die Erarbeitung eines Braunkohlenplans für die Umsiedlung der Erkelenzer Ortschaften Keyenburg, Kuckum, Unter- und Oberwestrich sowie Beverath mit insgesamt etwa 1 600 Einwohnern. Voraussichtlicher Zeitpunkt für die bergbauliche Inanspruchnahme von Keyenburg ist das Jahr 2023. Für die Inanspruchnahme der Ortschaften Kuckum, Unter- und Oberwestrich wird das Jahr 2027 und für Beverath das Jahr 2028 genannt. Es ist vorgesehen, die Ortschaften zeitgleich und gemeinsam an einen Standort in Erkelenz-Nord umzusiedeln. Energiepolitische Entscheidungen und energiewirtschaftliche Entwicklungen können nach Ansicht der Landesregierung „die bergbauliche Inanspruchnahme der Ortschaften verzögern, ohne die Notwendigkeit zur Inanspruchnahme sowie die Erforderlichkeit, die dort vorhandene Braunkohlenlagerstätte zur langfristigen Energieversorgung im Betrachtungszeitraum abzubauen, insgesamt in Frage zu stellen“. Allerdings legte sich die Landesregierung nicht auf eine langfristige Perspektive des Tagebaus fest, sondern stellte den vierten und letzten Umsiedlungsabschnitt aus koalitionspolitischen Erwägungen in Frage. ■

Braunkohlenplan

Typischer Verfahrensablauf

Politische Vorgaben

- Landesentwicklungsprogramm
- Landesentwicklungsplan
- Leitentscheidungen der Landesregierung zur Braunkohlenpolitik

Aufstellung und Beschlussfassung

Vorbereitung

- Der Bergbautreibende macht Angaben zur Beurteilung der sozialen und ökologischen Verträglichkeit

Aufstellung

- Die Landesplanungsbehörde erstellt eine Entwurfsfassung
- Stellungnahme Braunkohlenausschuss
- Beteiligungsverfahren
- Erörterungstermine
- Stellungnahme Braunkohlenausschuss

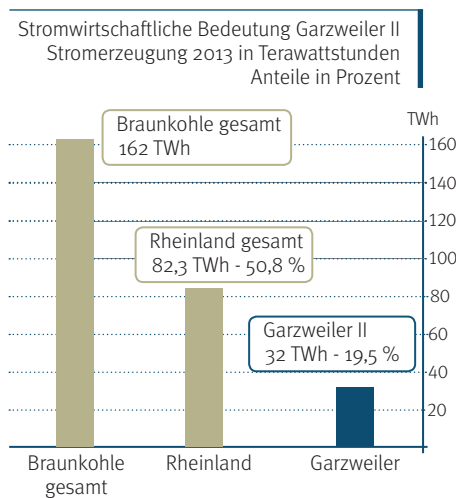
Beschlussfassung

- Beschlussfassung der Landesregierung
- Erlass der Braunkohlen- und Sanierungspläne
- Bekanntmachung

DEBRIV

Perspektiven für Garzweiler müssen langfristig erhalten bleiben

Köln - Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat am 28.03.2014 die energiewirtschaftliche Begründung für die Fortführung des Tagebaus Garzweiler und die Notwendigkeit für den dritten Umsiedlungsabschnitt bestätigt. Damit ist zunächst die planmäßige Weiterentwicklung des Tagebaus im Rahmen der genehmigten Abbaugrenzen bis 2030 gesichert. Unverständlich allerdings ist, dass die Landesregierung bei dieser Gelegenheit die langfristige Perspektive des Tagebaus voreilig in Frage gestellt hat. Eine neue Leitentscheidung soll bis Mitte 2015 formuliert werden. Nach Einschätzung des DEBRIV kann eine neue Leitentscheidung hilfreich für den vierten Umsiedlungsabschnitt sein, wenn die notwendigen Verfahren ergebnisoffen geführt werden. Bereits heute politische Aussagen zu formulieren, die die Abbaugrenze für Garzweiler in Frage stellen, ist ein falsches Signal und greift dem Verfahren vor. Aus der politischen Vorfestlegung resultieren



Quelle: Statistik der Kohlenwirtschaft

Unsicherheiten, die unmittelbar spürbar sind und bis 2030 ständig anwachsen werden. Der angekündigte Eingriff in ein Bündel von Genehmigungen ist nur unter außerordentlichen und grundlegend neuen Randbedingungen möglich. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Genehmigung wichtige Kompromisse zugrunde liegen, so zur Größe des Abbaufelds, mit dem Ziel, die Zahl der von Umsiedlungen Betroffenen zu verringern und die wasserwirtschaftlichen Auswirkungen zu minimieren. Gleichzeitig hat das Bergbauunternehmen eine Vielzahl von Auflagen zu erfüllen, die vom Umfang und der Zeitdauer auf den zum Abbau zugelassenen Kohlenvorrat abgestimmt sind. Die dem Tagebaubetrieb zugrunde liegenden Genehmigungen wurden darüber hinaus durch alle Instanzen beklagt; zuletzt hat das Bundesverfassungsgericht am 17.12.2013 die Rechtmäßigkeit umfassend bestätigt. Die durch die Genehmigungen gegebene Rechtssicherheit ist für alle Betroffenen in der Region und das Unternehmen ein hohes Gut. Vertrauensschutz und Investitionssicherheit sind Voraussetzung für das Handeln und Planen der betroffenen Bürger, der Mitarbeiter, aber auch der Kommunen, staatlichen Körperschaften und des Bergbauunternehmens.

Der Ausstieg aus der Kernenergie bis 2023 und die Transformation des deutschen Stromsystems hin zu mehr erneuerbaren Energien wird besser gelingen, wenn die Potenziale einbezogen werden, die sich aus der Verfügbarkeit der heimischen Braunkohle ergeben. Dazu zählen die hohe Versorgungssicherheit, der Beitrag zu einer preiswerten Stromversorgung, die hohe regionalwirtschaftliche Bedeutung sowie die Flexibilität der Braunkohlenkraftwerke, die immer dann verfügbar sind, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht. Eine Verkleinerung des Abbaufelds Garzweiler II klimapolitisch zu begründen, ist vor dem Hintergrund der globalen Trends, aber insbesondere unter Berücksichtigung des europäischen Emissionshandelssystems vordergründig. Durch den Verzicht auf eine Teilmenge von Kohle aus dem Feld Garzweiler II sinken die CO₂-Emissionen in der Europäischen Union nicht. Unter dem Deckel der europäisch festgelegten Emissionsmengen werden dann die Emissionen an anderer Stelle erfolgen.

BUNDESBERGGESETZ

Kein Novellierungsbedarf

Berlin - Das geltende Bergrecht entspricht heute vollumfänglich europäischem und nationalem Recht, insbesondere auch in Umweltfragen. Diese Einschätzung vertrat die CDU-Bundestagsabgeordnete und Hamburger Staatswissenschaftlerin Herlind Gundelach in der Aussprache des Deutschen Bundestags über einen Antrag der Opposition zur Novellierung des Bergrechts. „Die Braunkohle ist neben den erneuerbaren Energien die einzige Energieart, die uns in unserem Land zur Verfügung steht, die wir nicht importieren müssen wie Steinkohle und Gas, was man gerade in diesen Tagen vielleicht auch nicht ganz außer Acht lassen sollte“, erklärte die Abgeordnete. Das Bundesverfassungsgericht habe mit seinem Urteil vom 17.12.2013 ausdrücklich die Verfassungsmäßigkeit des Bergrechts bestätigt, hob Frau Gundelach in ihrem Redebeitrag hervor. In seiner Entscheidung habe das Gericht betont, dass die Entscheidung, wie die Energieversorgung in unserem Land erfolgt, eine politische ist. „Mit dem Abbau von Braunkohle wird ein gesetzlich hinreichend bestimmtes und ausreichend tragfähiges Gemeinwohlziel umgesetzt“, sagte die Abgeordnete. Die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen führe für ihr Konzept, das die jederzeitige Verfügbarkeit eines traditionellen Rohstoffs für einen sicheren Energiemix in den Vordergrund stellt, gewichtige Gemeinwohlgründe an. Das Bundesverfassungsgericht habe in seinem Urteil explizit die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts von 2006 aufgegriffen und bestätigt. Schon seit 2006 müssen die Interessen der betroffenen Grundstückseigentümer bereits bei der Rahmenbetriebsplanzulassung im Wege einer umfassenden Gesamtabwägung über § 48 Abs. 2 Satz 1 Bundesberggesetz berücksichtigt werden. Das entscheidende Argument des Gerichts lautet: Dem Rahmenbetriebsplan

kommt im gestuften Zulassungsverfahren im Tagebau die Funktion einer faktischen Zulassungsentscheidung mit Außenwirkung zu. Dementsprechend ist den Betroffenen seit 2006 auch die Klagemöglichkeit eröffnet. Damit sei gewährleistet, dass der Grundstückseigentümer frühzeitig in die Planung und Umsetzung des Vorhabens einbezogen wird. „Das Bergrecht hat in seiner Geschichte in vielen Punkten eine Vorreiterrolle übernommen,“ erklärte der SPD-Bundestagsabgeordnete Bernd Westphal in der Aussprache. Soziale und ökologische Aspekte berücksichtige das Gesetz schon seit langem, weshalb es im europäischen Ausland als sehr vorbildlich angesehen werde. Für die ökologische Verantwortung des Bergbaus „kann man den Braunkohlentagebau im Osten als hervorragendes Beispiel anführen“, sagte der Dresdner Abgeordnete Andreas G. Lämmel. ■

ENERGIEVERSORGUNG

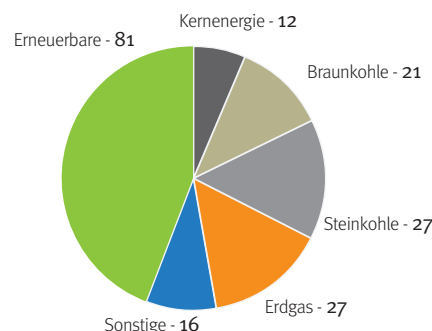
Erdgas von geringer Relevanz für die Sicherheit der Stromversorgung

Köln - Die instabile Lage in der Ukraine sowie die faktische Annexion der Krim durch Russland haben die Abhängigkeit Westeuropas von russischen Energielieferungen wieder stärker ins öffentliche Bewusstsein treten lassen. Besorgnisse für die Sicherheit der deutschen Stromversorgung bestehen nach Ansicht des DEBRIV nicht. Sollte es zu Einschränkungen bei den Erdgaslieferungen aus Russland kommen, können die vorhandenen Kraftwerkskapazitäten, insbesondere Kohle in Deutschland sowie Kohle und Kernenergie in der EU, die Stromversorgung gewährleisten. In Deutschland hatte Erdgas im vergangenen Jahr einen Anteil von 10,5 Prozent an der Bruttostromerzeugung. Der überwiegende Teil der Stromversorgung erfolgte auf Basis von Braunkohle (25,6 Prozent), Steinkohle (19,6 Prozent), Kernenergie (15,4 Prozent) sowie auf Grundlage erneuerbarer Energien (23,9 Prozent). In den vergangenen Jahren ist es gelungen, den sinkenden Versorgungsbeitrag der Kernenergie durch den Ausbau der erneuerbaren Energien auszugleichen. Nach den Planungen der Bundesregierung wird der heutige Versorgungsbeitrag der Kernenergie im Zeitraum bis 2023 weitgehend durch den Ausbau erneuerbarer Energien abgedeckt werden. Im Umkehrschluss bedeutet dies allerdings, dass die Beiträge von Stein- und Braunkohle weiter unverzichtbar sind.

In der Europäischen Union stellen die Kernenergie mit einem Anteil von knapp 27 Prozent und die Kohle mit ebenfalls 27 Prozent wichtige Versorgungsbeiträge für die Stromversorgung. Es folgen erneuerbare Energien mit knapp 21 Prozent, darunter die Wasserkraft mit einem Anteil von rund 11 Prozent. Erdgas hat einen Anteil an der Bruttostromerzeugung in der EU von durchschnittlich knapp 18 Prozent und ist nicht dominant. Der Energieträgermix in der Stromerzeugung der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten kann allerdings erheblich von diesen Durchschnittswerten abweichen. So hat Erdgas an der Stromversorgung in Großbritannien und Irland einen hohen Anteil, ebenso in den Niederlanden. Diese Länder verfügen über große eigene Gasvorkommen. In großem Umfang wird Erdgas auch in Italien und in Spanien zur Stromerzeugung eingesetzt, die hinsichtlich ihrer Gasbezüge nicht so sehr Richtung Russland exponiert sind.

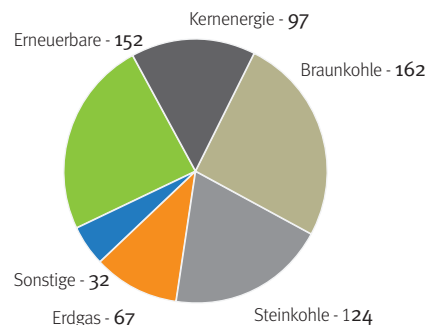
Die Börsenpreise für Strom wurden in den vergangenen Jahren deutlich durch die gesunkenen Preise für Importkohle und CO₂ sowie den Merit-Order-Effekt der erneuerbaren Energien beeinflusst. Bei Berücksichtigung der in Deutschland installierten Kraftwerkskapazitäten auf der Grundlage von Stein- und Braunkohle sowie dem weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien besteht die begründete Erwartung, dass in den kommenden Jahren bis in den Bereich mittelhoher Nachfrage die Kohlenkraftwerke der bestimmende Faktor für die inländischen Strompreise sein werden. Damit ist auch das Risiko, eine Verringerung der russischen Erdgaslieferungen könnte Einfluss auf die Strompreise haben, eher gering. ■

Stromerzeugungskapazität in Deutschland 2013 - gesamt 184 Gigawatt (GW) netto



Quelle: BDEW

Stromerzeugung in Deutschland 2013 - gesamt 634 Terawattstunden (TWh)

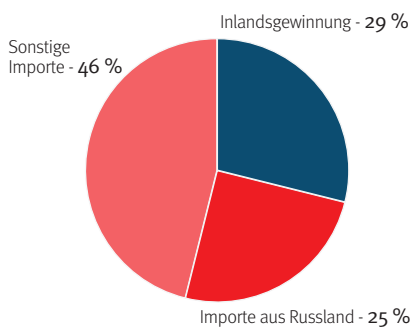


Quelle: BDEW, AG Energiebilanzen

IMPORTABHÄNGIGKEIT

Ein Viertel des deutschen Energiebedarfs stammt aus russischen Quellen

Importabhängigkeit der deutschen Energieversorgung - in Prozent vom Gesamtverbrauch 2013: 474,5 Mio. t. SKE



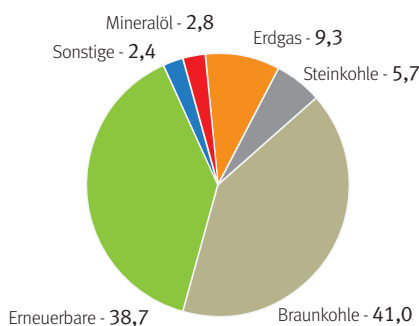
Quelle: AG Energiebilanzen

Berlin/Köln - Die deutsche Energieversorgung war 2013 stärker auf Importe angewiesen. Der Anteil der Inlandsgewinnung am Gesamtverbrauch sank im vergangenen Jahr auf 29 Prozent. Die Importquote erhöhte sich damit nach Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AG Energiebilanzen) auf aktuell 71 Prozent. Kennzeichnend für die diversifizierte und sichere Energieversorgung Deutschlands ist eine hohe Zahl von Bezugsquellen und Lieferregionen. Wichtigster Energielieferant für Deutschland ist derzeit Russland. Das Land deckte 38 Prozent des deutschen Erdgasaufkommens und ist zudem wichtiger Lieferant von Mineralöl und Steinkohle: 35 Prozent aller Ölimporte und 25 Prozent der Steinkohleneinfuhren entfielen im vergangenen Jahr auf Russland. Insgesamt deckte Russland damit etwa ein Viertel des deutschen Energiebedarfs. Die gesamte aus Russland eingeführte Energiemenge war 2013 fast genauso hoch wie das Aufkommen der Erneuerbaren und der Braunkohle, den beiden heute wichtigsten heimischen Energiequellen. Die Energieimporte Deutschlands hatten 2013 - im Saldo von Import und Export - einen Wert von knapp 100 Milliarden Euro. Aufgrund des hohen Anteils flossen davon rund ein Drittel nach Russland.

ENERGIEGEWINNUNG

Braunkohle und Erneuerbare liegen weit vorn

Inländische Energiegewinnung 2013 gesamt 137,7 Mio. t SKE
Anteile in Prozent



Quelle: AG Energiebilanzen

Berlin/Köln - Wie die AG Energiebilanzen jetzt errechnete, betrug die inländische Energiegewinnung 2013 in Deutschland insgesamt 137,7 Millionen Tonnen Steinkohleneinheiten (Mio. t. SKE). Der Rückgang um etwa 2,4 Prozent gegenüber 2012 beruht im Wesentlichen auf der Stilllegung weiterer inländischer Steinkohlenbergwerke. Auch die Gewinnung von Erdgas (minus 3,6 Prozent) und Braunkohle (minus 1,1 Prozent) lag unter dem Vorjahr. Die den heimischen Energieträgern zugeordneten erneuerbaren Energien legten dagegen um 4,7 Prozent zu. Mit einem Anteil von 41 Prozent behauptete die Braunkohle ihre Spitzenposition als wichtigster heimischer Energieträger auch 2014. Die Erneuerbaren rückten deutlich auf und folgten der Braunkohle auf Platz zwei mit einem Anteil von 38,7 Prozent. Die anderen Energieträger liegen mit weitem Abstand zurück: An der gesamten Primärenergiegewinnung in Deutschland hatte das Erdgas einen Anteil von 9,3 Prozent, auf das Mineralöl entfielen 2,8 Prozent und auf die Steinkohle 5,7 Prozent. Ausführliche Informationen zur Inlandsgewinnung und zur Importabhängigkeit der deutschen Energieversorgung sowie zur Außenhandelsbilanz bei den verschiedenen Energieträgern enthält der aktuelle Jahresbericht der AG Energiebilanzen. Download unter www.ag-energiebilanzen.de.

EMISSIONSHANDEL

Bundesregierung lehnt Preissteuerung ab

Berlin - Die Bundesregierung hält Mindestpreise für Emissionszertifikate im Emissionshandel „für kein geeignetes Instrument, um kostengünstig und verlässlich die gewünschten Emissionsreduktionen zu realisieren“. In Gesprächen mit britischen Regierungsvertretern habe die Bundesregierung zudem klar die Meinung vertreten, dass „nationale CO₂-Mindestpreise keinen Beitrag zur Revitalisierung des EU-Emissionshandels leisten“, erklärte die Bundesumweltministerin jetzt auf eine Anfrage aus dem Bundestag (Bun-

destagsdrucksache 18/755) . Auf die Frage, wie hoch der CO₂-Preis steigen müsse, damit Erdgaskraftwerke wettbewerbsfähig werden, erklärte die Bundesregierung: Der so genannte fuel switch-Preis - also der CO₂-Preis, bei dem ein bestimmter Brennstoff gegenüber einem anderen ökonomisch vorteilhafter wird - hängt unter anderem von dem Wirkungsgrad der miteinander verglichenen Kraftwerke und von der Höhe der Brennstoffpreise ab. Er ist somit über die Zeit variabel. Die Bundesregierung führe keine Berechnungen zum fuel-switch-Preis durch. Nach Berechnungen des DEBRIV müssten sich die derzeitigen CO₂-Preise nahezu verzehnfachen und auf ein Niveau von über 50 Euro je Tonne Kohlendioxid steigen, damit Erdgaskraftwerke gegenüber Kohleanlagen wettbewerbsfähig werden. Wie die Bundesregierung hervorhebt, sind auch die Brennstoffpreise ein wichtiger Aspekt des fuel-switch-Preises. Eine Halbierung des aktuellen Erdgaspreises für den Kraftwerkseinsatz hätte den gleichen Effekt wie die massive Erhöhung des CO₂-Preises, allerdings ohne die Volkswirtschaft massiv zu belasten und die Strompreise zu erhöhen.

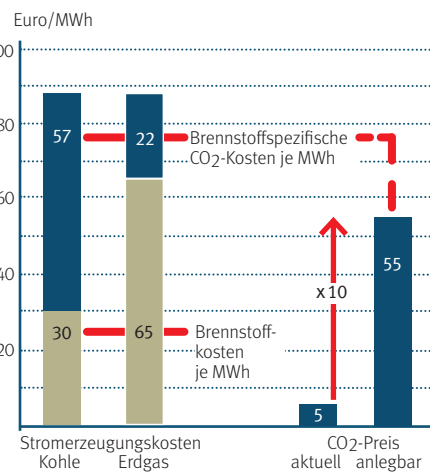
ENERGIEPOLITIK

Monitoring-Experten fordern bessere Investitionsbedingungen für fossile Kraftwerke

Berlin - Die Investitionsplanungen für den Bau neuer konventioneller Kraftwerke sind deutlich rückläufig. Waren 2011 noch Anlagen mit einer Gesamtkapazität von 34,1 Gigawatt (GW) in Bau oder Planung, so waren es Ende 2012 nur noch 27 GW. Konkret im Bau sind derzeit knapp 11 GW, was rund einem Siebtel der Gesamtleistung des konventionellen Kraftwerksparks entspricht. Davon entfallen rund 80 Prozent auf Steinkohleanlagen, gefolgt von Pumpspeicher- und Erdgaskraftwerken. „Derzeit verfügen wir deutschlandweit über ausreichend Kraftwerke“, erklärt das von der Bundesregierung berufene Experten-Gremium zum Monitoring der Energiewende in ihrem jetzt vorgelegten zweiten Bericht. Diese Situation könne sich allerdings bis zum Ende des Jahrzehnts ändern. Ob die Veränderungen des Strommarkts auf mittlere bis lange Sicht zu einem Kraftwerksmangel führen können oder sich die Akteure und Dienstleistungen im Strommarkt den neuen Bedingungen anpassen, könne derzeit nicht abschließend beurteilt werden. Um die für eine zuverlässige Energieversorgung auf absehbare Zeit notwendigen konventionellen Kraftwerkskapazitäten langfristig zu sichern, wird die Bundesregierung mittelfristig einen wettbewerblichen, technologieoffenen, kosteneffizienten und europarechtskonformen Kapazitätsmechanismus entwickeln müssen, empfiehlt die Expertengruppe.

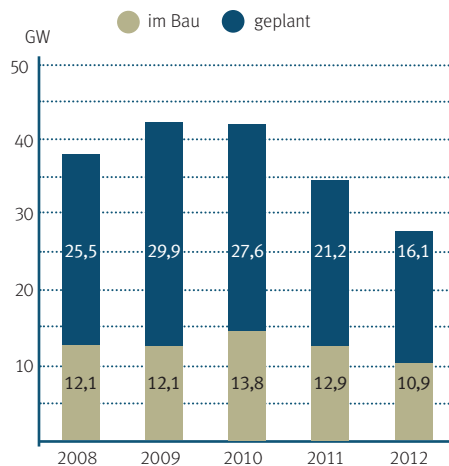
Die Energiewende verändert die historisch gewachsene Einteilung der Kraftwerke mit relativ hoher Dynamik, beschreiben die Energieexperten die aktuelle Entwicklung. Die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien ist durch äußerst niedrige variable Kosten gekennzeichnet. Am Strommarkt kommen sie vorrangig zum Zuge, um die Nachfrage zu decken. Spiegelbildlich wird der Strom aus konventionellen Kraftwerken mit hohen variablen Kosten immer häufiger nicht mehr benötigt, um die Gesamtnachfrage zu decken. Dies lässt sich besonders deutlich zur Mittagszeit beobachten, wenn die auftretende Verbrauchsspitze bei Sonnenschein zu großen Teilen durch Solarstrom gedeckt wird. Der weitere Ausbau der Solarerzeugungskapazitäten werde diesen Effekt weiter verstärken. Jedoch werden konventionelle Kraftwerke auf absehbare Zeit zur Lastabdeckung benötigt, stellen die Energieexperten fest. In Zukunft müsse sichergestellt werden, dass die Versorgungssicherheit trotz der mit den genannten Veränderungen einhergehenden wirtschaftlichen Konsequenzen für die konventionellen Kraftwerke gewährleistet bleibt. Der Umbau der Energieversorgung erfordere eine Flexibilisierung des Gesamtsystems. Notwendig ist ein neues Zusammenspiel aus erneuerbaren Energien, konventionellen Kraftwerken, der Nachfrage, intelligenten Netzen sowie mittel- und langfristig auch

Anlegbarer CO₂-Preis für Wettbewerbsgleichheit von Kohle und Erdgas in der Stromerzeugung



Quelle: DEBRIV

Bau und Planung konventioneller Kraftwerke inkl. Pumpspeicherkraftwerke 2008 bis 2012 in GW



Quelle: Bundesnetzagentur

Speichern. Vor diesem Hintergrund wird die Erzeugungsstruktur der konventionellen Kraftwerke bereits zunehmend dadurch verändert, dass immer mehr Kraftwerksbetreiber mit technischen und organisatorischen Maßnahmen die Flexibilität ihrer Kraftwerke erhöhen und ihren Kraftwerkeinsatz entsprechend dem Marktsignal optimieren. Neben anderen Optionen sind deshalb im Kraftwerksbereich weitere Flexibilitätsoptionen auszubauen. Die unabhängige Kommission für das Monitoring der Energiewende steht der Bundesregierung beratend zur Seite und besteht aus vier renommierten Energieexperten. Der Kommission gehören Prof. Dr. Andreas Löschel (Vorsitzender), Prof. Dr. Georg Erdmann, Prof. Dr. Frithjof Staiss und Dr. Hans-Joachim Ziesing an.

EURACOAL

Verbände legen Aktionsplan Kohle im 21. Jahrhundert vor

Brüssel - Anlässlich ihres 23. Kohle-Dialogs mit Vertretern des europäischen Parlaments und der Kommission legte die Vereinigung der europäischen Kohlenindustrie EURACOAL ihren Aktionsplan *Kohle im 21. Jahrhundert* vor. Das von der World Coal Association und der energiewirtschaftlichen Vereinigung CEEP unterstützte Papier unterstreicht die Bedeutung der Kohle für Europa. In Europa ist Kohle mit einem Anteil von 37 Prozent ein wichtiger Pfeiler der Stromversorgung, weltweit werde der Stromverbrauch zu 42 Prozent aus Kohle gedeckt. Zudem sei Kohle ein unverzichtbarer Rohstoff für die gewerbliche Wirtschaft und die Grundstoffgüterproduktion. 88 Prozent der europäischen Energiereserven bestehen aus Kohle. Die heimischen Vorräte sind nach Ansicht von EURACOAL von strategischer Bedeutung für die Preis- und Versorgungssicherheit der EU. Der Verband der europäischen Kohlenindustrie macht darauf aufmerksam, dass die EU für Energieimporte derzeit 4,2 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung aufwenden muss, 2002 waren es erst 1,5 Prozent. Kohle ist zudem derzeit der stärkste Wettbewerbsfaktor auf dem Elektrizitätsmarkt und sorgt für ein stabiles Preisniveau. Kohlenkraftwerke sind nach Ansicht der Kohlenverbände auch unerlässlich für die sichere Stromversorgung in Europa, weil sie die schwankende Erzeugung von Strom aus Sonne und Wind verlässlich und flexibel ausgleichen. Hinsichtlich der Flexibilität sind moderne Kohlenkraftwerke technologisch auf gleicher Höhe wie moderne Gas- und Dampfturbinenkraftwerke. Kohlenkraftwerke erfüllen alle Vorgaben der neuen Richtlinie über Industrie-Emissionen zuverlässig und dauerhaft. Die CO₂-Emissionen neuer Kohlenkraftwerke liegen bis zu 40 Prozent unter der von Altanlagen, die sie ersetzen. Kraftwerksmodernisierungen können nach Ansicht der Kohlenindustrie in kurzen Zeiträumen große Beiträge zur Reduktion des Ausstoßes von Klimagasen leisten. Das EURACOAL-Positionspapier wurde anlässlich des 23. Kohlen-Dialogs von den Abgeordneten des europäischen Parlaments und den anderen Gästen positiv aufgenommen.

UNTERSUCHUNG

Elektrizitätsarmut in Deutschland nimmt zu

Essen - In Deutschland gelten rund fünf Millionen sozial schwache Haushalte als „relativ elektrizitätsarm“, weil sie mehr als 5 Prozent ihres verfügbaren Einkommens zur Deckung von Stromkosten aufbringen müssen. Davon wären 3,3 Millionen auch ohne Zusatzbelastungen aus der Energiewende unter die Kategorie „Energiearmut“ gefallen, rund 1,7 Millionen sind durch die Energiewende „energiearm“ geworden. Einige Hunderttausend Haushalte sind zudem „absolut elektrizitätsarm“, weil sie temporären Stromsperrern unterliegen. Zu diesem Ergebnis kommt eine vom Initiativkreis Ruhr (IKR) beauftragte

Studie zur Elektrizitätsarmut in Deutschland, die an der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen durchgeführt wurde. Der IKR-Moderator und Vorstandsvorsitzende der Evonik Industries, Klaus Engels, erklärte anlässlich der Präsentation der Untersuchung, dass die große Mehrheit der Haushalte in Deutschland zusätzliche Stromkosten durch die Energiewende tragen können, „wir uns aber unverzüglich um jene kümmern müssen, die den stetigen Anstieg nicht finanzieren können“. Die Studie macht für die fortschreitende Energiearmut in erster Linie die hohe Zahl von Umlagen auf den Strompreis verantwortlich. Insgesamt lag der Durchschnittspreis für private Haushalte 2013 bei knapp 29 ct/kWh, davon entfielen etwas mehr als 50 Prozent auf Steuern und Abgaben. Gegenüber 1998 haben sich die Strompreise für private Haushalte in Deutschland um etwa 68 Prozent erhöht. Ohne staatlich administrierte Komponenten wäre der Kostenanstieg auf etwa 11 Prozent beschränkt geblieben. Der Gesamtumfang der staatlichen Abgaben, einschließlich Strom- und Umsatzsteuer, hat sich seit 1998 um rund 250 Prozent erhöht. Die Belastungswirkung hoher Strompreise wirkt sich auf unterschiedliche Weise auf die Verbraucher aus. Am statistisch gewichteten Warenkorb einer Durchschnittsfamilie haben die Stromkosten einen Anteil von 2,3 Prozent (2011). Hinzu kommen vielfältige indirekte Effekte. Die Konsumenten werden durch die strompreisinduzierten Verteuerungen bei Konsumgütern belastet, soweit die produzierenden Unternehmen in der Lage sind, ihre Mehrkosten beim Strombezug weiterzureichen. Darüber hinaus besteht für einen Teil der privaten Haushalte die Gefahr, Einbußen bei Einkommen und Beschäftigung zu erleiden. Aufgrund der durch die Energiewende ausgelösten Verdrängungsprozesse im Strommarkt kündigen sich bei vielen Energieversorgern ein „massiver Beschäftigungsabbau und scharfe Rationalisierungsrunden“ an. Lohn- und Arbeitsplatzverluste drohen auch den Beschäftigten bei stromintensiven Unternehmen, die erhöhte Stromkosten nicht weiterreichen können oder nicht von besonderen Ausgleichsregelungen profitieren. Die Autoren der Studie warnen davor, dass breite Bevölkerungsschichten - vor allem Arbeitnehmer, Rentner und sozial Schwächere - die wirtschaftlichen Risiken der Energiewende tragen müssen, aber kaum eine Chance haben, von ihr zu profitieren. Zu den Gewinnern der Energiewende gehören dagegen eher einkommensstarke Schichten, denen noch Zuverdienstmöglichkeiten durch gesetzlich garantierte Stromeinspeisungen erschlossen werden. ■

JUBILÄUM

60 Jahre Statistik der Kohlenwirtschaft

Herne/Köln - Seit sechs Jahrzehnten erstellt die in Herne für die Steinkohle und in Köln für die Braunkohle angesiedelte Statistik der Kohlenwirtschaft zusammenfassende Datenreihen des deutschen Bergbaus für die nationale und internationale Statistik. Im Rahmen einer Neuordnung bergbaulicher Gemeinschaftsaufgaben entstand der eingetragene Verein am 8. März 1954. Die Erhebung, Aufbereitung und Auswertung der amtlichen Statistiken der Kohlenwirtschaft in Deutschland umfasst Produktions-, Absatz- und Verbrauchstatistiken, Sozialstatistiken sowie Investitions-, Energie- und Umweltstatistiken. Darüber hinaus werden Daten aus der Beobachtung der nationalen und internationalen Energie- und Kohlenmärkte bereitgestellt. Sowohl für politische wie für unternehmerische Entscheidungen sind die Daten der Kohlenstatistik unverzichtbar. Auch im Auslaufprozess des deutschen Steinkohlenbergbaus und darüber hinaus fallen umfangreiche Datenmengen an, die erhoben und bearbeitet werden müssen, erklärte der Vorstand des Vereins anlässlich des 60. Jubiläums. Zugänglich sind die für die Öffentlichkeit bestimmten Datenreihen unter www.kohlenstatistik.de sowie in Form regelmäßig publizierter Broschüren. ■

CCS

EU-Kommission lässt Beihilfen zu

Brüssel - Die Abtrennung, der Transport und die Speicherung von Kohlendioxid (CCS-Technologie) kann künftig durch staatliche Investitions- oder Betriebskostenzuschüsse gefördert werden. Eine entsprechende Regelung hat die EU-Kommission in ihre neugefassten Umwelt- und Energiebeihilfe-Richtlinien aufgenommen. CCS kann dazu beitragen die langfristigen Klimaschutzziele der EU zu erreichen. Für wichtige Industriezweige stellt CCS sogar die einzige Möglichkeit dar, den prozessbedingten CO₂-Ausstoß nachhaltig zu senken, begründet die Kommission ihren Beschluss, die weitere Entwicklung der CCS-Technik mit staatlichen Maßnahmen und Mitteln zu fördern. Beihilfen können gewährt werden für Kraftwerke, die fossile Brennstoffe, Biomasse oder beides einsetzen sowie für Industrieanlagen, die prozessbedingt Kohlendioxid ausstoßen. Auch Investitionen in den Transport und die Speicherung sind beihilfeberechtigt, wenn der Zugang zu den Systemen diskriminierungsfrei gestaltet wird. Der neue Beihilferahmen gilt zunächst für den Zeitraum von 2014 bis 2020.

VEREDLUNG

Neuer Standort für Huminstoffproduktion

Düsseldorf/Grevenbroich - Das Technologieunternehmen Humintech hat seinen Produktionsstandort von Düsseldorf nach Grevenbroich an den Rand des Tagebaus Garzweiler verlegt. „Wir brauchen mehr Platz und in Garzweiler sind wir unserem Rohstoff Braunkohle viel näher,“ erklärte der kaufmännische Geschäftsführer des Unternehmens, Aydogan Cengiz, anlässlich einer Betriebsbesichtigung von Politikern und Politikerinnen aus der Region. Das Unternehmen extrahiert aus Rohbraunkohle Huminsäuren und Huminstoffbasierte Produkte, die vornehmlich zur Bodenverbesserung eingesetzt werden. Humintech versorgt mit seinen Produkten den Weltmarkt. Absatzschwerpunkte sind die arabische Halbinsel sowie Südamerika. Das Unternehmen plant eine deutliche Produktionsausweitung am neuen Standort und will in den kommenden Jahren die Zahl seiner Mitarbeiter auf bis zu 50 erhöhen.

TAGUNG

Braunkohlentag 2014 in Leipzig

Köln/Leipzig - Der diesjährige Braunkohlentag findet am 22. und 23.05.2014 in Leipzig statt. Zum Festvortrag wird der sächsische Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr erwartet. Über die Perspektiven der deutschen Braunkohlenindustrie berichtet der neugewählte Vorstandsvorsitzende des DEBRIV, Dr. Joachim Geisler von der Mitteldeutschen Braunkohlengesellschaft mbH berichtet über den demografischen Wandel im Bergbau. Weitere Themen sind die Zukunftsgestaltung des Lausitzer Reviers sowie bergbauliche und wasserwirtschaftliche Sanierungsmaßnahmen in Mitteldeutschland.

Herausgeber:

DEBRIV
Bundesverband Braunkohle
- Öffentlichkeitsarbeit -
Dipl.-Volkswirt Uwe Maaßen
Postfach 40 02 52
50832 Köln

Tel: 0 22 34 / 18 64 0
Fax: 0 22 34 / 18 64 18
E-Mail: uwe.maassen@braunkohle.de
Internet: www.braunkohle.de

Aufnahme in den E-Mail-Presserverteiler unter:
www.braunkohle.de „Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 10.04.2014